

17085/J XXVII. GP

Eingelangt am 11.12.2023

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten **Mario Lindner**,
Genossinnen und Genossen,
an den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz

betreffend „Informationsmangel bei Aufklärung über HPV-Impfungen“

Die letzten Jahre haben in ganz Europa und auch in Österreich wesentliche Schritte zur Enttabuisierung von sexueller Gesundheit hervorgebracht. Obwohl noch immer massive Hürden bestehen und gerade im Bereich der Aufklärung und Prävention noch großen Herausforderungen vor uns liegen, wird sexuelle Gesundheit auch im öffentlichen und politischen Diskurs immer stärker als zentraler Teil der allgemeinen Gesundheitsversorgung wahrgenommen. Diese Entwicklung führt auch dazu, dass präventive Schritte gegen die Ausbreitung des Humane Papillomavirus (HPV) und der damit einhergehenden Folgeerkrankungen zunehmend als zentrale Aufgabe einer wirksamen Public Health Politik anerkannt wird.

Nach massivem Druck aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft steht die HPV-Impfung seit Februar 2023 für alle Geschlechter ab dem vollendeten 9. bis zum vollendeten 21. Lebensjahr kostenfrei zur Verfügung. Besonderer Bedeutung kommt genau angesichts dieser Entwicklungen der Aufklärung von jungen Zielgruppen über dieses wichtige Präventionsangebot zu. Zahlreiche andere EU-Staaten haben ähnliche Impfprogramme mit breitenwirksamen Informationskampagnen kombiniert, die beispielsweise insbesondere Jungen und junge Männer ansprechen. Denn auch diese Zielgruppe ist für die Eindämmung von HPV und den zahlreichen Folgeerkrankungen wie Genitalwarzen, Krebsvorstufen und Krebs, von enormer Wichtigkeit – nicht nur, um Infektions- und Weitergabeketten zu unterbrechen, sondern auch um sich selbst vor den Folgen einer HPV-infektion wirksam zu schützen.

Was diese wichtige Aufklärungsarbeit über den Zugang zu und die Wirksamkeit von HPV-Impfungen angeht, herrscht in Österreich noch großer Nachholbedarf.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wie viele Personen bis zum 21. Lebensjahr haben seit 1. Februar 2023 eine Vollimmunisierung durch die HPV-Impfungen erhalten? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland.
2. Wie viele Personen über 21. Lebensjahr haben seit 1. Februar 2023 eine Vollimmunisierung durch die HPV-Impfungen erhalten? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland.
3. Wie viele Ärzt*innen haben in Österreich im Jahr 2023 HPV-Impfungen angeboten? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland.
4. Wie viele Impfdosen für HPV-Impfungen wurden im Jahr 2023 in Österreich angekauft und verbraucht? Bitte um Aufschlüsselung nach Bundesland.
5. Wie genau und wann wird der Erfolg der kostenfreien HPV-Impfangebote für Personen bis zum 21. Lebensjahr seitens Ihres Ressorts evaluiert?
6. Welche konkreten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen wurden seitens des Bundes zur Aufklärung und Information über die kostenfreie HPV-Impfung für Menschen bis zum 21. Lebensjahr gesetzt?
 - a. Welche Budgetmittel wurden dafür eingesetzt?
7. Welche konkreten öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen sollen im Jahr 2024 seitens des Bundes zur Aufklärung und Information über die kostenfreie HPV-Impfung für Menschen bis zum 21. Lebensjahr gesetzt werden?
 - a. Welche Budgetmittel sollen dafür eingesetzt werden?
8. Welche konkreten Pläne, Überlegungen und Kalkulationen gibt es seitens Ihres Ressorts hinsichtlich einer Ausweitung der kostenfreien HPV-Impfung auf Personen bis zum 30. Lebensjahr, wie vom Nationalen Impfremium empfohlen?
 - a. Wenn es keine dahingehenden Überlegungen gibt, warum sehen Sie dazu angesichts der gesundheitspolitischen Bedeutung eines solchen Schrittes keine Notwendigkeit?
9. Welche konkreten Pläne, Überlegungen und Kalkulationen gibt es seitens Ihres Ressorts hinsichtlich einer Ausweitung der kostenfreien HPV-Impfung auf Personen über dem 30. Lebensjahr, beispielsweise wenn dies ärztlich im Einzelfall empfohlen wird?
 - a. Wenn es keine dahingehenden Überlegungen gibt, warum sehen Sie dazu angesichts der gesundheitspolitischen Bedeutung eines solchen Schrittes keine Notwendigkeit?